



Pressemitteilung

Bonn, 15. Januar 2020

Zahl der Beschwerden zu unerlaubter Telefonwerbung leicht gesunken

Präsident Homann: „Unsere Maßnahmen schützen Verbraucher erfolgreich“

Die Bundesnetzagentur hat im vergangenen Jahr rund 57.600 Beschwerden zu unerlaubter Telefonwerbung erhalten. Zu Rufnummernmissbrauch gingen rund 125.500 schriftliche Beschwerden und Anfragen ein.

„Wir setzen uns unvermindert für die Rechte der Verbraucher ein und haben erneut hohe Bußgelder wegen unerlaubter Telefonwerbung verhängt“, sagt Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur. „Erfolge unserer Arbeit sehen wir im Jahr 2019 beim Schutz der Verbraucher vor Ping-Anrufen. Hier sind die Beschwerdezahlen deutlich zurückgegangen.“

Unerlaubte Telefonwerbung

Die Beschwerden zu unerlaubter Telefonwerbung sind im vergangenen Jahr von rund 62.200 auf rund 57.600 leicht gesunken. Gleichzeitig setzt die Bundesnetzagentur ihren Kurs gegen unlauter agierende Unternehmen weiter fort. Im Jahr 2019 hat sie Bußgelder in Höhe von über 1,3 Mio. Euro verhängt. Im Vorjahr waren es 1,1 Mio. Euro.

Unerlaubte Werbeanrufe zu Strom- und Gaslieferverträgen bildeten 2019 wie schon in den Vorjahren einen thematischen Schwerpunkt. Daneben fiel ein deutliches Anwachsen der Beschwerden in den Sektoren Telekommunikation sowie Finanz- und Versicherungsprodukte auf. Auch über Telefonwerbung zu Gewinnspielen und Printabonnements beschwerten sich deutlich mehr Verbraucherinnen und Verbraucher als 2018.

Allein im Dezember konnte die Bundesnetzagentur drei große Verfahren wegen unerlaubter Telefonwerbung abschließen. In allen Fällen wurde das Verbot unerlaubter Telefonwerbung in erheblichem Umfang verletzt. Es kam zu teilweise massiven und langanhaltenden Belästigungen der angerufenen Verbraucherinnen und Verbraucher. Eine der Hauptursachen hierfür war, dass die Unternehmen die Echtheit und Aktualität der für die Anrufe verwendeten Einwilligungsdaten der Verbraucherinnen und Verbraucher nicht hinreichend sichergestellt hatten.

Bundesnetzagentur
Tulpenfeld 4
53113 Bonn

[bundesnetzagentur.de](https://www.bundesnetzagentur.de)
twitter.com/bnetza

Pressekontakt:

Fiete Wulff
Leiter Presse und
Öffentlichkeitsarbeit

Tel. +49 228 14 - 9921
pressestelle@bnetza.de



Bonn, 15. Januar 2020

Rufnummernmissbrauch

Zum Rufnummernmissbrauch ist mit rund 125.500 schriftlichen Beschwerden und Anfragen ein leichter Anstieg gegenüber dem Vorjahr mit rund 116.500 zu verzeichnen. Zur Bekämpfung hat die Bundesnetzagentur rund 530 Rufnummern abgeschaltet und zu rund 6.700 Rufnummern Rechnungslegungs- und Inkassierungsverbote erlassen. Hierdurch konnten insbesondere in Fällen von Routerhacking unberechtigte Zahlungen in erheblichem Umfang aufgehalten werden.

Mehr als 31.000 schriftliche Beschwerden betrafen sog. Ping-Anrufe unter Anzeige ausländischer Rufnummern. Allein im Januar 2019 gingen 13.076 Beschwerden zu Ping-Anrufen bei der Behörde ein, nachdem die zunächst auf ein Jahr befristete Preisansageverpflichtung für auffällige Länderkennzahlen Ende 2018 ausgelaufen war. Zum Schutze der Verbraucher hat die Bundesnetzagentur daher erneut angeordnet, dass in Mobilfunknetzen für bestimmte internationale Vorwahlen eine kostenlose Preisansage geschaltet werden muss. Die Ansagepflicht wurde auf insgesamt 56 internationale Rufnummern erweitert.

Die Bundesnetzagentur hat im Oktober 2019 Vorgaben für die Abrechnung von Drittanbieterdienstleistungen über die Mobilfunkrechnung festgelegt. So werden die Verbraucher vor ungewollten Abrechnungen und sog. „Abo-Fallen“ geschützt. Mobilfunkunternehmen müssen die Vorgaben spätestens bis zum 1. Februar 2020 einführen.

Die Bundesnetzagentur ist eine Behörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Zu den zentralen Aufgaben der Regulierungsbehörde gehört die Aufsicht über die Märkte Energie, Telekommunikation, Post und Eisenbahn.

Die Bundesnetzagentur sorgt u.a. dafür, dass möglichst viele Unternehmen die Leitungsinfrastruktur in diesen Bereichen nutzen können, damit Verbraucherinnen und Verbraucher von Wettbewerb und günstigen Preisen profitieren.

Mit Hauptsitz in Bonn und Mainz sowie 46 Außenstellen in ganz Deutschland beschäftigt die Behörde über 2900 Mitarbeiter.